

# Sommerschlaglichter

Abschiedsgottesdienst, Flüchtlinge, Schießstände, Hund im Humboldthain erschossen

### Abschiedsgottesdienst: Polizeipfarrer Voigt

In einem bewegenden Gottesdienst hat sich unser Polizeipfarrer Voigt von seinen "Schäflein" verabschiedet. In der prall

### Inhalt

- 2 Gefangenenbereich muss verjüngt werden!
- 2 Polizeinotruf eingeschränkt!
- 3 Vertrauensanwalt für die Korruptionsbekämpfung in der Berliner Hauptverwaltung
- 4 Wahlerinnerung
- 5 Information
- 6 Frühlingskonzert des Polizeichors Berlin
- 8 Ansprechpartner/-in, Veranstaltungen, Kontakte

### Impressum:

Redaktion: Eduard Riese E-Mail: landesredakteur@dpolg-berlin.de V. i. S. d. P. Bodo Pfalzgraf

Landesgeschäftsstelle: Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin Besuchszeiten:

Mo. bis Mi. 9.00–15.00 Uhr Do. 9.00–18.00 Uhr Fr. 9.00–13.00 Uhr

Telefonsprechzeiten: Mo. bis Fr. 10.00–13.00 Uhr Tel. 030.3933073 Fax 030.3935092 Internet: www.dpolg.berlin E-Mail: post@dpolg-berlin.de ISSN: 0723-1814



Wer mit seinem Handy diesen Code einscannt, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

gefüllten Kirche verstanden es alle Beteiligten, die Balance zwischen Wehmut und Neubeginn zu gestalten. Allerdings kenne ich nur wenige Pfarrer, die so große Fußstapfen für die Nachfolge hinterlassen. Aber auch im Unruhestand wird uns die Bergsteigerseele zumindest mit einigen Angeboten erhalten bleiben. Die DPolG Berlin wünscht unserem Pfarrer a.D. aus vollem Herzen Glück, Gesundheit und Harmonie. Für seine Nachfolgerin bieten wir natürlich die bewährte Zusammenarbeit auch mit der DPolG-Stiftung und freuen uns auf den ersten Gottesdienst.

### Flüchtlingswelle: personalfressender Dauerbrenner

Die Flüchtlingswelle hat längst auch die Berliner Polizeiabschnitte erreicht. Die EE sind schon länger von entsprechenden Demos betroffen, doch die Zustände bei der Erstanlaufstelle in Moabit forderten kürzlich sogar den dauerhaften Verbleib der Landeseinsatzreserve. Rund 500 Asylsuchende hatten wegen der langen Wartezeiten die privaten Sicherheitsleute überrannt und bis in die frühen Morgenstunden waren immer noch 300 Personen vor Ort. Von den rund 1500 (bis Juli 2015) durch die Polizei aufgenommenen Asylanträgen hat allein der A 33 die Hälfte abgearbeitet. Alles nebenher, alles ohne angemessene Personal- und Sachausstattung. Die Flüchtlingswelle entwickelt sich eben nicht nur für die originär zuständigen Behörden und die Bundespolizei zum personalfressenden Dauerbrenner, sondern auch für die Polizei in den Ländern. Längst hat sich herumgesprochen, dass

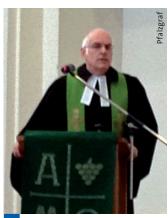
wir 24 Stunden geöffnet haben. Das führt neben Arbeitsüberlastung, Raumnot, Versorgungsnot und psychischen Belastungen auch zu erheblichen Einschränkungen im Wachbetrieb, im Funkwageneinsatzdienst und wegen der Zusatzbelastung des Erkennungsdienstes auch bei den Transportkommandos. Eine Wache ist nun mal beim besten Willen nicht als Ersatzausländerbehörde ausgestattet. Sonst bleiben originäre Aufgaben liegen.

### Die Forderungen der DPolG Berlin sind klar:

- > Einrichtung einer Koordinierungsstelle beim Senat, die alle beteiligten Behörden im Auge hat. Die Zuständigkeitsschieberei und Doppelarbeit muss ein Ende haben!
- > Schaffung eines Sonderbudgets, das auch für die Zusatzbelastungen der Polizei genutzt werden kann.
- > Keine Asylantragsannahme mehr auf den Wachen, sondern an einer zentralisierten Stelle, die personell zusätzlich vernünftig ausgestattet sein muss. Dort 24 Stunden Asylantragsannahme durch LaGeSo.
- > Sofortige Qualifizierung von 100 Kollegen des ZOS zum GEF, um sowohl den ED als auch die Transportkommandoproblematik zu entlasten. Dafür zusätzliche 100 Neueinstellungen beim ZOS.

# Schießstand Wannsee kann wieder genutzt werden

Der Schießstand Wannsee kann zur Entlastung der desolaten Situation zwar wieder genutzt werden, aber von den rund 17 700 Waffenträgern haben noch 8 700 ihre Befähigung nachzuweisen. Zwar wird mit Hochdruck an der Situati-



Polizeipfarrer Voigt

onslösung gearbeitet, aber die DPolG bleibt nach den Erfahrungen der letzten Jahre, in denen all unsere Warnungen ungehört blieben, selbstverständlich kritisch.

### Konsequentes Einsatzhandeln, toter Hund und Mahnwachen

Und dann füllte ein toter Hund die Gazetten, führte zu Kerzlein und Mahnwachen im Wedding. Außerdem folgte ein Social-Media-Shitstorm gegen den Kollegen. Was war geschehen: Ein Schutzmann hatte einen Hundesitter mit mehreren nicht angeleinten Hunden im Park angetroffen und den offenbar überforderten Hundesitter aufgefordert, die Hunde anzuleinen. Ein Hund ließ sich nicht anleinen, hörte auch nicht, sondern sprang bedrohlich zähnefletschend auf den Kollegen zu, der den Hund mit einem Schuss tötete. Es handelte sich um einen Rhodesian Ridgeback, eine Rasse, die ursprünglich zur Jagd auf Löwen eingesetzt wurde. Also kein überforderter Polizist, der ein Kuscheltier ermordete, wie die Boulevardpresse titelte, sondern konsequentes Einsatzhandeln, wie es trainiert wird.

> Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender



### Aufstiegsmöglichkeiten vom Objektschutz zur Gefangenenbewachung

# Gefangenenbereich muss verjüngt werden!

Aktuell können sich die Kolleginnen und Kollegen vom zentralen Objektschutz in einem Interessenbekundungsverfahren für einen Lehrgang zur Gefangenenbewachung bei ihrem Leiter Objektschutzeinheit melden.

Es handelt sich allerdings nur um ein reines Interessenbekundungsverfahren, um die Umsetzung der Lehrgänge vorbereiten zu können! Die Eingruppierung soll in die Entgeltgruppe 6 Stufe 1 erfolgen. Der Berliner Senat hat die entsprechenden Stellen freigegeben.

Dazu unser stellvertretende Landesvorsitzende Boris Biedermann: "Endlich wird eine Forderung der DPolG Berlin zur weiteren Qualifizierung der Kolleginnen und Kollegen vom zentralen Objektschutz umgesetzt, um den enormen Personalmangel im Bereich Gefangenenwesen abzubauen und den Kollegen berufliche Entwicklungsperspektiven zu bieten!"

Da der Altersdurchschnitt beim Personal in der Gefangenenbewachung weit über 50 Lebensjahre beträgt und viele Kolleginnen und Kollegen aus Altersgründen ausgeschieden sind, braucht das Referat Gefangenenwesen dringend Verstärkung. Daher ist es sinnvoll, das Personal mit Dienstkräften aufzustocken, die sich lange im Bereich des Zentralen Objektschutzes bewährt haben.

Bei weiteren aktuellen Entwicklungen und Neuigkeiten halten wir Euch wie immer zeitnah auf dem Laufenden.

# Mobile Kartenzahlung ist bürgerfreundlich

### Senat ist kein Vorbild

Nun ist es auch noch gerichtlich festgestellt; die Taxifahrer müssen Kartenzahlungen von mindestens drei gängigen Kreditkarten akzeptieren. Der Senat setzt für die Kunden mit der Arroganz der Macht verbraucherfreundliche Voraussetzungen durch. Nur im eigenen Hause herrscht bargeldlose Steinzeit.

Weder die Polizei noch die Ordnungsämter sind mit entsprechenden Geräten ausgestattet. Dazu unser Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf: "Wer private Kleinunternehmer dazu zwingt, mobile Kartenzahlung zu ermöglichen, der sollte als Staat mit gutem Beispiel vorangehen! Mobile Kartenzahlungen sind heute Standard und der muss auch für die Ausstattung von Dienstfahrzeugen gelten. Das spart nicht nur Geld durch Synergieeffekte bei der Bußgeldstelle, sondern ist zudem auch angemessen bürgerfreundlich, um den Vorgang schnell abzuschließen."

Seit Jahren nimmt die Polizei Berlin keine Verwarnungsgelder in bar für leichtere Ordnungswidrigkeiten mehr ein. Es folgt ein langer Geschäftsprozess von der Anzeigenfertigung über mehrere Instanzen bis zur Bußgeldstelle, die dann per Post die Zahlung einfordert und den Zahlungseingang überwachen muss.

"Das ist bei kleineren Verstößen alles Quatsch von vorgestern", so Pfalzgraf wörtlich, "mobile Bezahlsysteme funktionieren auch bei Polizei und Zoll in anderen Bundesländern seit Jahren problemlos – nur im modernen Berlin wird der Verwaltungsvorgang zu Lasten der Bürger zelebriert!"

# Polizeinotruf eingeschränkt!

Die DPolG Berlin warnt seit Jahren! Politische Zeitschiene bis 2023 ist ein Ritt auf der Rasierklinge.

Die vorsorgliche Räumung der Einsatzleitzentrale offenbart ein lange bekanntes Problem, vor dem wir seit Jahren warnen. Im Notfall (egal ob Baustaub oder andere Havarien) sind

- **a)** nicht alle technischen Systeme sofort aus Ersatzräumen steuerbar,
- **b)** zusätzlich zur inakzeptablen Warteschleifenproblematik wei-

tere Verzögerungen bei der Notrufannahme vorprogrammiert,

- **c)** die optimale Einsatzsteuerung der Einsatzwagen stark eingeschränkt,
- **d)** keine vernünftigen Ersatzräume mit entsprechender Technik vorhanden.

Politik und Behördenleitung wollen das Problem bis 2023 mit dem Bau einer neuen Leitstelle lösen. Doch die Fertigstellung dieses Großprojekts ist nicht sicher. Seit 2007 wird den warnenden Mitarbeitern der ELZ und uns als DPolG erzählt, dass sich Investitionen in die vorhandene Leitstelle nicht



lohnen, weil ja bald eine neue, schöne, moderne Leitstelle gebaut werde.

Unser Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf: "Der Schutz der Bürger und der Mitarbeiter geht vor! Die baulichen und die Ausstattungszustände in der Einsatzleitstelle sind nicht hinnehmbar. Wir können mit einem gesundheitsgerechten Umbau nicht bis zur Einweihung der geplanten Leitstelle 2023 warten! Der Polizeinotruf muss auch in Krisenfällen immer funktionieren."

Jetzt müssen Bürger und Polizisten wieder einmal politische Fehlleistungen der Vergangenheit ausbaden. Aber die wachsende Stadt kann keine weiteren acht Jahre an einer so sensiblen Stelle auf der Rasierklinge reiten!

Unsere Forderung: Die Einsatzleitzentrale muss sofort nach aktuellen ergonomischen und technischen Standards umge-



baut werden. Sie kann dann nach Inbetriebnahme der neuen Einsatzleitstelle als

Rückfallebene für Polizei und Feuerwehr im Katastrophenfall dienen.

# Vertrauensanwalt für die Korruptionsbekämpfung in der Berliner Hauptverwaltung

Christoph Partsch muss bekannter werden: Er ist seit drei Jahren "Vertrauensanwalt" Berlins für Korruptionsfälle, aber kaum jemand kennt ihn. Dabei kann man bei ihm gefahrlos Verdachtsfälle von Bestechung melden.

Partsch bekommt nur zwei bis drei Meldungen am Tag: "Ich hatte mit mehr gerechnet." Meist geht es um das mutmaßliche Schmieren von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Sie sollen bei öffentlichen Aufträgen einen Wettbewerber wegen Schmiergeld bevorzugt oder Genehmigungen verkauft haben.

Das reicht vom Auftrag für eine Baumaßnahme bis zur Aufenthaltsgenehmigung. Dafür fließt Bares, beliebt sind auch Reisen, Smartphones, Freikarten oder Essenseinladungen.

Auf Wunsch schweigt Partsch über die Quelle der Anschuldigung, wenn er den Fall an die Staatsanwaltschaft weitergibt. Vor Gericht darf er die Quelle verschweigen. Partsch filtert aus, was nicht beweisbar oder Anschwärzerei ist. Deshalb sollte jeder, der einen Verdacht äußert, auch Belege liefern können.

Oberstaatsanwalt Rüdiger Reiff leitet die zehnköpfige Spezialabteilung, die dann ermittelt: "Wir haben eine relativ geringe

lungsverfahren mit 235 Beschuldigten. 73 Verfahren wur-

funktioniert."

den eingestellt. Es gab neun Gerichtsverfahren mit je zwei Verurteilungen zu Bewährungsund Geldstrafen. 2013 setzte es zwei Haftstrafen, fünf Bewährungsstrafen, 15 Geldstra-

aussetzung ist, dass der Staat

2014 gab es bislang 113 Ermitt-



Fallzahl, aber eine hohe Dunkelziffer." Und weil es nur Täter. aber keine Opfer gibt, ist vonseiten der Bestecher und Bestochenen keine Meldung zu erwarten.

Justizsenator Thomas Heilmann (CDU): "Die Bekämpfung der Korruption ist sehr wichtig, weil die Abwesenheit von Korruption die Vorfen, zwei Einstellungen wegen geringer Schuld und drei Freisprüche.

### Hinweis geben

Er steht Hinweisgebern telefonisch, per E-Mail, per Post oder persönlich für die Entgegennahme von Hinweisen zu von ihm festzulegenden Bürozeiten zur Verfügung; eigene Ermittlungsmaßnahmen führt er nicht durch.

### Hinweis besprechen

Er informiert nach Prüfung des Hinweises unverzüglich über diesen, wenn er ihn für ausreichend substanziiert erachtet, bei dem Verdacht von Straftaten den Leiter der Zentralstelle Korruptionsbekämpfung oder bei dem Verdacht einschlägigen Verwaltungsfehlverhaltens den Antikorruptionsbeauftragten beziehungsweise den Leiter der Prüfgruppe.

### Vertraulich verwenden

Über das weitere Vorgehen, insbesondere die Durchführung von disziplinarrechtlichen oder strafprozessualen Maßnahmen entscheidet die jeweils zuständige Behörde beziehungsweise Stelle.

#### Kontakt:

Sie erreichen den Vertrauensanwalt per Telefon (von 9 bis 15 Uhr) unter 030.60985622, per E-Mail info@vertrauensanwalt.com oder per Post: RA Partsch, Kurfürstendamm 50, 10707 Berlin

> Quelle: http://www. vertrauensanwalt.com/



# Seminar Ehrenamt in Staat und Gesellschaft ein voller Erfolg!

Der stellvertretende Landesvorsitzende der DPolG, Boris Biedermann, leitete das Seminar, mit dem Thema "Ehrenamt in Staat und Gesellschaft", in der dbb akademie in Königswinter.

Dort sprachen als weitere Dozenten Hans-Georg Roth, dienstältester und erfahrenster Redenschreiber Deutschlands, und Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPolG.

Es wurden in Gruppenarbeiten und einigen regen Diskussionen mit den Teilneh-



Bundesvorsitzender Rainer Wendt und Chefrhetoriker Hans-Georg Roth

mern, zu denen auch unser Landestarifbeauftragte Bernd Schulz gehörte, verschiedene Themengebiete erarbeitet. Jeder der Teilnehmer, die aus Schleswig-Holstein und Bayern, Rheinland-Pfalz sowie Brandenburg, Hamburg und Berlin angereist waren, konnte sein Wissen auffrischen und erweitern.

Alle Seminarteilnehmer waren sich in dem Abschlussgespräch einig, dass dieses Seminar zielführend war und ausgebaut werden sollte.

# Wahlerinnerung

### Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung

Im September findet die Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der Berliner Polizei sowie dem gesamten öffentlichen Dienst von Berlin statt.

Du bist noch nicht älter als 27 Jahre? Stimme für Deine Kandidaten der DPolG im dbb beamtenbund und tarifunion ab! Wir wollen Deine aktive Ansprechpartnerin und stärkster Helfer für den direkten Kontakt zur Entscheidungsebene der Berliner Polizei, vor allem in Ausbildungsangelegenheiten und kompliziertesten Problemen, sein.

Du bist im Urlaub oder schaffst es aufgrund von Seminaren

oder anderen Verpflichtungen nicht in die Wahlbüros, dann lasse Deine Stimme nicht verfallen und beantrage Briefwahl.

Du kannst auch aktiv teilnehmen und Dich auf unserer gemeinsamen Liste aufstellen lassen. Melde Dich einfach



schnell bei Christoph Lüdicke (Beisitzer Jugend), Telefon 0176.20433008, oder in der Landesgeschäftsstelle, Telefon 030.3933073.

### > Wir sind umgezogen!

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere bisherige Geschäftsstelle in der Calvinstraße hat mit unserer erfolgreichen Entwicklung nicht Schritt halten können, sodass die entstandene Enge manchen Kompromiss erforderte. Circa 700 Meter entfernt und damit ebenfalls zentral gelegen, haben wir jetzt neue Räumlichkeiten gefunden. Die neue freundliche und helle Geschäftsstelle bietet nunmehr die allerbesten Voraussetzungen für eine weiterhin erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit.

### Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin

Telefon- und Faxnummern sowie unsere E-Mail-Adressen bleiben unverändert erhalten

Sie erreichen uns wie gewohnt unter folgenden Rufnummern:

Tel.: 030.3933073 Fax: 030.3935092

E-Mail: post@dpolg-berlin.de

Ebenso wurde unsere Homepage den heutigen Anforderungen angepasst. Unsere neue Homepage Anschrift lautet www.dpolg.berlin.





### Information

... zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur "Richterbesoldung" und Widersprüche zur aktuellen Beamtenbesoldung "A"

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Urteil vom 5.Mai 2015 hat das Bundesverfassungsgericht die Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe R 1 in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2008 bis 2010 als mit Art. 33 Abs. 5 GG unvereinbar erklärt und dabei die Kriterien konkretisiert, nach denen die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation zu überprüfen ist.

Das BVerfG prüft die Besoldung in drei Stufen und zieht auf der ersten Prüfungsstufe fünf Parameter mit indizieller Bedeutung heran; wenn mindestens drei davon erfüllt sind, besteht die Vermutung für eine verfassungswidrige Unteralimentation. Auf einer zweiten Prüfungsstufe kann diese Vermutung durch Berücksichtigung weiterer Kriterien im Rahmen einer Gesamtabwägung widerlegt oder weiter erhärtet werden. Und auf einer dritten Prüfungsstufe ist gegebenenfalls eine Abwägung mit kollidierenden verfassungsrechtlichen Wertentscheidungen wie dem Verbot der Neuverschuldung herbeizuführen; im Ausnahmefall kann eine Unteralimentation verfassungsrechtlich gerechtfertigt werden.

Der dbb hat hierzu umfangreiche Informationen auf seiner Homepage eingestellt, da noch mehrere Klageverfahren zur amtsangemessenen Alimentation der Beamtenbesoldung "A" beim OVG liegen und niemand voraussagen kann, wie diese Verfahren womöglich auch erst in einigen Jahren vom BVerfG beurteilt werden.

Wir empfehlen daher allen Kolleginnen und Kollegen, gegen seine aktuelle Besoldung "Widerspruch" einzulegen. Der dbb hat auf Bitten der DPolG den Senator für Inneres und Sport gebeten, alle eingehenden Widersprüche bis zur höchstrichterlichen Entscheidung "ruhig" zu stellen. Nach Prüfung hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport mit Rundschreiben I Nr. 8/2015 vom 15. Juli 2015 alle Behörden angewiesen, eingehende Widersprüche nicht zu bescheiden.

Wir haben aus gutem Grund, entgegen der Meinung anderer Gewerkschaften, auf diese Entscheidung gewartet, um unseren Kolleginnen und Kollegen alle rechtlichen Möglichkeiten offenzuhalten. Der Widerspruch (siehe Musterschreiben der DPoIG) muss in jedem laufenden Haushaltjahr gestellt werden, um seine Ansprüche für zukünftige Entscheidungen geltend zu machen.

Wir werden Euch in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden halten.

	Datum:
Name	_
Personalnummer	_
Dienststelle	_
PPr St SE I B Durch Fach	
Widerspruch zur nicht amtsangemesse	enen, verfassungsgemäßen Besoldung
Sehr geehrte Damen und Herren,	A Park
hiermit widerspreche ich meiner aktuell BVerfG vom 5. Mai 2015 (2 BvL 17/09 u.a	en Besoldung und verweise auf das Urteil des a.).
Besoldungsgruppe R 1 in Sachsen-Anhal 5 GG unvereinbar erklärt und dabei die I	desverfassungsgericht die Grundgehaltssätze der t in den Jahren 2008 bis 2010 als mit Art. 33 Abs. Kriterien konkretisiert, nach denen die Besoldung f ihre Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der prüfen ist.
Die insoweit aufgestellten Grundsätze sir die Beamtenbesoldung "A" anwendbar un	nd meiner Auffassung nach in gleicher Weise auf d übertragbar.
Vor diesem Hintergrund lege ich Wider Hinweis auf die Urteile des BVerfG ein.	rspruch gegen meine aktuelle Besoldung unter
lch habe erhebliche Zweifel an der Amt Land Berlin.	sangemessenheit meiner Beamtenbesoldung im
lch bitte Sie um Überprüfung ur verfassungsgemäßen Angleichung meiner	nd entsprechender amtsangemessener und r Besoldung.
Bundesverfassungsgericht, meinen Wider	uf die anhängigen Verfahren zur Frage der or dem OVG Berlin/Brandenburg und rspruch nicht zu bescheiden sondern bis zu einer u lassen und auf die Einrede der Verjährung zu
ch bitte um eine Eingangsbestätigung.	
Mit freundlichen Grüßen	



# Frühlingskonzert des Polizeichors Berlin



Knapp 500 Besucherinnen und Besucher erfreuten sich am 30. Mai im Gemeinschaftshaus in der Gropiusstadt am Gesang des Polizeichors Berlin e.V., der mit einem bunten Programm von Chorklassikern wie zum Beispiel "Die Rose", dem "Bajazzo", einem Solo zu "Die zwölf Räuber" und

Berliner Melodien wie "Heimweh nach dem Kurfürstendamm". einem Walter-KolloPotpourri und "Durch Berlin fließt immer noch die Spree" das Publikum begeisterte.

Dabei freuten sich die Sänger besonders darüber, dass der Polizeipräsident, Herr Klaus Kandt, das Konzert besuchte und auf diese Weise unterstrich, dass der Polizeichor Berlin e.V. nach wie vor eine wichtige gesellschaftliche und soziale Bedeutung für die Hauptstadt hat. Um diese Tradition fortzusetzen, nimmt der Polizeichor wieder Sänger auf, die mit ihren Stimmen den Männerchor der Berliner Polizei verstärken wollen. Für Fragen und Auskünfte steht hierzu gern der 2. Vorsitzende Matthias Kaika unter der Rufnummer 0152.37737816 oder polizeichor@berlin.de zur Verfügung.



# Polizeihistoriker feiern Jubiläum

Seit nunmehr 25 Jahren unterstützt der "Förderkreis Polizeihistorische Sammlung Berlin e.V." durch tätige ehrenamtliche und freiwillige Hilfe nicht nur die Arbeit der Polizeihistorischen Sammlung im Berliner Polizeipräsidium, sondern auch Berliner Polizeidienststellen im Rahmen der allgemeinen Fortbildung, insbesondere mit dem thematischen Schwerpunkt auf den Fachbereich Politik, die Öffentlichkeitsarbeit und die Prävention. Mit polizeihistorischen Fahrzeugen sind die ,Berliner Polizeihistoriker' zudem auch gern gesehene Gäste bei Veranstaltungen von Polizeidienststellen des Bundes und anderer Bundesländer.

Dem 1990 vom damaligen Polizeivizepräsidenten Martin Lippok, dem heutigen Ehrenvorsitzenden Ltd. RD a. D. Gerhard Simke und anderen gegründeten Förderkreis gehören mittlerweile fast 200 Mitglieder an. Der Verein – der seine Aktivitäten nur durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert – ist als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt.

Unter dem Motto "Erlebte Polizeigeschichte" veröffentlichte

der Förderkreis bisher elf Dokumentationen. Drei Bücher und fünf Sonderdrucke gehören - neben dem viermal im Jahr erscheinenden "Berliner Polizeihistoriker" - ebenfalls zur bisherigen publizistischen Arbeit. Durch den Ankauf interessanter und wertvoller Ausstellungsstücke, wie Helme, Uniformen, Waffen und polizeiliche Arbeitsmittel, ergänzt der Förderkreis den Bestand der Polizeihistorischen Sammlung. Dabei erhielt der Förderkreis seit seiner Gründung dankenswerterweise eine allseits nachhaltige Unterstützung der jeweiligen Behördenleitung.



Der Förderkreis ist erreichbar

FoerderkreisPHS@polizei. berlin.de oder per Telefon: 030.4664994762

Weitere Informationen zum Förderkreis findet man unter: http://intrapol/Themen/ Service/PhS/SitePages/ Homepage.aspx

### Berlin



### > dbb Chef weist pauschale Verunglimpfung von Sicherheitsbehörden zurück

Pauschaler Verunglimpfung von Polizei und Verfassungsschützern durch Politik und Presse ist dbb Chef Klaus Dauderstädt entgegengetreten. "Hier agieren weder willige Zulieferanten der NSA noch regiert rechtsradikale Brutalität", stellte Dauderstädt auf dem Bundesdelegiertentag der DPolG Bundespolizeigewerkschaft am 2. Juli 2015 in Berlin klar.

"Einzelfälle mag es geben, die nicht zu tolerieren sind. Wer aber Polizei und Verfassungsschutz so ins Abseits schieben will, leistet nur Kriminalität und Terror Vorschub", sagte der dbb Bundesvorsitzende mit Blick auf die aktuelle öffentliche Debatte. "Wir brauchen handlungsfähige und motivierte Sicherheitskräfte zum Schutz unseres Landes. Sie verteidigen unsere Grundrechte, sie stehen selbst fest auf dem Roden unseres Grundgesetzes, und wir dürfen nicht zulassen, dass das Vertrauen der Bürger in sie beschädigt wird."

Zugleich brachte Dauderstädt seine Besorgnis über die zunehmenden Übergriffe auf Beamtinnen und Beamte im Polizeidienst zum Ausdruck. Er erschrecke vor den Zahlen, die mit Schadenersatzforderungen wegen Beleidigung oder Körperverletzung zu-

sammenhängen. "Aber das passt zum Umgang vieler Mitmenschen mit dem Staat", sagte der dbb Chef. "Wer nicht zur Wahl geht, wer nichts vom Ehrenamt hält, wer Minderheiten diskriminiert und sich an Schwächeren austobt, der wird nicht zum Muster-Staatsbürger werden."

Quelle: dbb newsletter 081/2015 vom 2. Juli 2015

> Info

### Notfallnummer der DPolG Berlin

Gilt nur außerhalb der Geschäftszeiten.



info@kreuzbund-berlin.de,

Die Rechtsschutzberatung der

der findet nach Vereinbarung

und vorheriger telefonischer

Rücksprache statt.

vereinbart werden.

Termine können unter: 030.3933073-74

DPolG Berlin für unsere Mitglie-

Tel.: 030.4762828

0177.3008710

Foto: aratian/fotolia.com



Rechtsschutzberatung

Suchtprobleme? Alkoholprobleme? Dann Kreuzbund Berlin!!!

- > Wir bieten Hilfe außerhalb der Polizei!
- > Gruppen in Berlin und Brandenburg!!
- > Eine ist auch in Deiner Nähe!

Kreuzbund Diözesanverband

Marthastraße 10, 13156 Berlin

Beratung und Gewährung von Rechtsschutz nur nach der

### Rechtsschutzordnung des dbb. Die DPolG Berlin ist unter folgenden Adressen zu erreichen:

Polizeigewerkschaft Berlin Alt-Moabit 96 a. 10559 Berlin Tel.: 030.3933073

Fax: 030.3935092 Unsere E-Mail-Adressen

lauten: landesredakteur@ dpolg-berlin.de post@dpolg-berlin.de

### **Unsere Internetadresse lautet:** http://www.dpolg.berlin

Veröffentlichungen in den Landesteilen des POLIZEISPIEGELS, wie zum Beispiel Leserbriefe, Termine, Veranstaltungen, sonstige Wünsche, Kritik, bitte an die oben angegebene E-Mail-Adresse der DPolG Berlin (Landesredakteur) senden.

### > Redaktionsschluss

### Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Redaktionsschluss für die Zusendung von Leserbriefen, Berichten beziehungsweise Beiträgen für die Oktober-Ausgabe 2015 des POLI-ZEISPIEGELS ist der 10. September 2015.

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe 2015 ist der 10. Oktober 2015.

Anschrift:

Landesredakteur DPolG Berlin Eduard Riese

Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin E-Mail: post@dpolg-berlin.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt

eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch auf Honorierung und Rücksendung.

Alle mit vollem Namen oder Namenszeichen versehenen Artikel oder Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der DPolG dar.



### Geburtstagsgrüße

Wir gratulieren allen im September geborenen Mitgliedern zu ihrem Geburtstag und wünschen für das nächste Lebensjahr Gesundheit, viel Glück und alles erdenklich Gute.

> Es wird im Monat September 60 Jahre Hartmut Schulz, Dir 2

Wir wünschen Gesundheit, viel Glück und alles Gute.

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden Glückwünsche mit Namensnennung nur bei einer schriftlich vorliegenden Einverständniserklärung veröffentlicht.



#### Kreisverband Dir 1

Günter Kuschel Vorsitzender Dir 1 A 13 DG 4 Tel.: 030.4664113400 guenter.kuschel@ dpolg-berlin.de www.dpolg.berlin/ kreisverbaende/

Die Sitzung **des Vorstandes** des Kreisverbandes Direktion 1 findet statt

> am Mittwoch, 14. Oktober 2015, 16.30 Uhr

in der Landesgeschäftsstelle des dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin (Änderungen vorbehalten).

Termin und Örtlichkeit für die Mitgliederversammlung stehen noch nicht fest, wir informieren rechtzeitig!

Für Sorgen und Nöte wendet Euch an Günter Kuschel, int. 113400, Holger Schulz, int. 101120, oder Andreas Mehnke, int. 115015, sowie Christian Hirschfeld, int. 181310.

Auch die Ansprechpartner in den Dienststellen stehen bereit. Ein Blick auf die Infobretter genügt!

### Kreisverband Dir 2

Eberhard Riehn Vorsitzender Dir 2 A 26 Tel.: 030.4664226125 eberhard.riehn@ polizei.berlin.de www.dpolg.berlin/ kreisverbaende/

#### Kreisverband Dir 3

Uwe Thiel
Vorsitzender
Dir 3 ZA VkD 2
Tel.: 030.4664381200
uwe.thiel@dpolg-berlin.de
www.dpolg.berlin/
kreisverbaende/

#### Kreisverband Dir 4

Torsten Riekötter Vorsitzender Dir 4 A 46 Tel.: 030.4664446323 torsten.riekoetter@ dpolg-berlin.de www.dpolg.berlin/ kreisverbaende/

### Kreisverband Dir 5

www.dpolg.berlin/kreisverbaende/

#### Kreisverband Dir 6

Sabine Schumann Vorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende Dir 6 A 61 Tel.: 0176.12223328 sabine.schumann@ dpolg-berlin.de www.dpolg.berlin/ kreisverbaende/

### Einladung zu unseren Mitgliederversammlungen 2015

Die Mitgliederversammlungen finden jeweils donnerstags um 18 Uhr im Gasthaus "St. Hubertus" in Berlin-Mahlsdorf statt.

Die neuen Termine für unsere Mitgliederversammlungen 2015 sind:

- Donnerstag,17. September 2015
- Donnerstag,12. November 2015,Jahreshauptversammlung
- > Donnerstag,
  - 3. Dezember 2015

### Kreisverband ZA

Boris Biedermann Vorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender Dir ZA Gef 2 Tel.: 0178.4552222 boris.biedermann@ dpolg-berlin.de www.dpolg.berlin/ kreisverbaende/

### Sitzungstermin des Kreisverbandes ZA für das Jahr 2015:

> Mittwoch, 16. September 2015

Wir treffen uns um 19 Uhr in den Räumen des dbb, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Die Jahreshauptversammlung findet am 5. Dezember 2015

**statt.** Den genauen Ort und die Zeit geben wir rechtzeitig bekannt. Wir freuen uns auf rege Beteiligung.

Der Vorstand ZA

#### Kreisverband ZSE

Peter Sgonina Vorsitzender ZSE IV A Tel.: 030.4664994527 peter.sgonina@ dpolg-berlin.de www.dpolg.berlin/ kreisverbaende/

### Kreisverbandssitzungstermine:

- > Dienstag, 1. September 2015, 16.30 Uhr
- > Dienstag, 6. Oktober 2015, 16.30 Uhr
- > Dienstag, 3. November 2015,
- > Dienstag, 1. Dezember 2015, 16.30 Uhr

Der neue Sitzungsort ist: Restaurant Wandel, Bernhard-Weiß-Straße 6, 10178 Berlin-Mitte, Nähe Alexanderplatz.

Peter Sgonina KVV der ZSE

### Kreisverband Ordnungsamt

Heino-Syrr Berg Vorsitzender (V) heino-syrr.berg@ dpolg-berlin.de www.dpolg.berlin/ kreisverbaende/